

Berichte aus Bremen



0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

DIE SPARKASSE BREMEN AG

GESCHÄFTSBERICHT 2009

RECHTSSTELLUNG/SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

GESCHÄFTSBERICHT 2009

04	EDITORIAL
06	CORPORATE GOVERNANCE BERICHT
08	Entsprechenserklärung
09	ORGANE FILIALBEIRÄTE UNTERNEHMENSBEREICHE
11	LAGEBERICHT
25	JAHRESABSCHLUSS
26	Jahresbilanz
28	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
29	Anhang
42	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS
43	BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Die beste Bank in der Hansestadt: DIE SPARKASSE BREMEN

Die Sparkasse Bremen konnte in 2009 ihren erfolgreichen Kurs fortsetzen und blickt in Anbetracht der widrigen Rahmenbedingungen auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurück. Die dezentrale Aufstellung der Sparkassen mit ihren regionalen Wurzeln hat sich gerade in der Krise als stabilisierender Faktor – nicht nur für die Kreditversorgung des Mittelstands – in Deutschland bewährt. Eine weitere Bestätigung unseres Geschäftsmodells und unserer Kundenorientierung ist die Auszeichnung im diesjährigen City-Test von Focus Money: Die Sparkasse Bremen wurde als beste Bank in der Hansestadt ausgezeichnet.

TALSOHLE DURCHSCHRITTEN? FINANZMARKT- UND WIRTSCHAFTSKRISE PRÄGTEN DAS JAHR 2009

Im Angesicht der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erlebte Deutschland 2009 die stärkste rezessive Phase seiner Nachkriegsgeschichte. Insbesondere brach die Wirtschaft im Winterhalbjahr 2008/2009 ein, um sich anschließend auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren. Durch seine stark exportorientierte Wirtschaft wurde gerade Deutschland vom Einbruch des Welthandels schwer getroffen. Auf das ganze Jahr bezogen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 5 % im Vergleich zum Vorjahr. Erstaunlicherweise wirkten sich diese negativen Entwicklungen nur in abgeschwächter Form auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich moderat von 7,8 % auf 8,2 %. Die gute Ertragslage der deutschen Unternehmen und das Instrument der Kurzarbeit federten den Absturz der Wirtschaft am Arbeitsmarkt ab.

Auch die konjunkturelle Entwicklung in Bremen stand ganz im Zeichen der Verwerfungen aus der weltweiten Wirtschaftskrise. Die Unternehmen in Bremen verzeichneten einen spürbaren Nachfragerückgang und fuhren infolgedessen ihre Investitionen zurück. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im Verlauf des Jahres deutlich an. Auch bei der Arbeitslosigkeit konnte sich Bremen nicht vom allgemeinen Trend auf Bundesebene abkoppeln, so stieg die Arbeitslosenquote ebenfalls um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 11,8 % zum Jahresende 2009.

Bremen als bedeutender Verkehrs- und Logistikstandort mit seiner ausgeprägten Hafenwirtschaft und seinen stark auf Außenhandel ausgerichteten Unternehmen wurde besonders stark vom rückläufigen Welthandel getroffen. Die bremischen Häfen verzeichneten in 2009 zweistellige Umsatzrückgänge. Der Containerumschlag fiel auf das Niveau des Jahres 2006 zurück. Daneben wirkte sich die Krise insbesondere im Automobil- und Stahlbereich auf den Massengut- und Stückgutumschlag aus. Der Einbruch im Welthandel wirkte sich durch verfallende Charter- und Frachtraten auch negativ auf die deutsche Seeschifffahrt aus.

Trotz rückläufiger Umschlagszahlen in den bremischen Häfen, wird deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung als Schnittstelle zum Welthandel in Zukunft weiter wachsen. Ziel muss es sein, den maritimen Industrie- und Logistikstandort Bremen weiter zu stärken und durch den mittelfristigen Ausbau der Hinterlandverbindungen leistungsfähiger zu machen. Des Weiteren müssen neue Märkte erschlossen werden, z. B. durch den Aufbau einer Basis für Offshore-Aktivitäten an der Nordseeküste.

Neben der Stärkung des Wirtschaftsstandortes kommt in den folgenden Jahren auch der städtebaulichen Entwicklung Bremens eine gewichtige Rolle zu. Der demographische Wandel lässt in Zukunft die Bedeutung von attraktivem, städtischem Wohnen kontinuierlich wachsen. Aktuelle Prognosen bescheinigen Bremen bis zum Jahr 2030 ein leichtes Bevölkerungswachstum. Ausschlaggebend hierfür sind u. a. die umfassenden Angebote in den Bereichen Freizeit, Kultur und Gesundheit. Großstadtvergleiche belegen, dass sich in Bremen Wohn- und Lebensqualität in einem hervorragenden Preis-Leistungsverhältnis vereinen. Bremen unterstützt diesen Trend durch die Schließung von vorhandenen Baulücken und die Schaffung neuer stadtnaher Wohnquartiere – speziell unter dem Aspekt »Wohnen am Wasser«. Beispielhaft können hier die Überseestadt und auch das Gebiet auf dem Stadtwerder genannt werden.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind gedämpft optimistisch. Die weltweiten Konjunkturprogram-

me beleben spürbar die Außenhandelsaktivitäten, von denen insbesondere Deutschland und damit auch Bremen als wichtiger Außenhandelsstandort profitieren wird. Zusätzlich kommt langsam die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder in Fahrt, die für eine weitere Belebung der Konjunktur sorgen kann. Insgesamt rechnen die Experten für Deutschland in 2010 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % bis 2 % im Vergleich zu 2009. Ein Unsicherheitsfaktor bei dieser Betrachtung ist allerdings die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Nach dem Auslaufen der Kurzarbeitsregelungen ist mit einem nachlaufenden Anstieg der Arbeitslosigkeit in 2010 zu rechnen. Daraus können sich entsprechend negative Auswirkungen auf den privaten Konsum und die Verschuldung der öffentlichen Hand ergeben. Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor bleibt die weitere Entwicklung der Finanzmärkte. Die hohe Liquidität birgt Gefahren für etwaige Überreaktionen.

Die Sparkasse Bremen wird weiterhin – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – als verlässlicher und kompetenter Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Wirtschaftsregion stehen.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitglieder für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Dr. Tim Neseemann



Thomas Fürst



Klaus Schöniger



Dr. Heiko Staroßom

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex, der in seiner aktuellen Fassung vom 18. Juni 2009 im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wurde, enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 26. November 2009 eingehend über die aus der Neufassung resultierenden Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beraten. Im Ergebnis wurde unter Berücksichtigung des Status quo beschlossen, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen – mit Ausnahme von Kodex-Nr. 3.6 – sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Holger U. Birkigt, Bremen, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, und Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten die Herren Heiko Oerter, Bremen, Hans-Joachim Schur, Ritterhude, und Volker Stange, Bremen, dem Aufsichtsrat an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss

gegründet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der »Bericht des Aufsichtsrates«. Der Aufsichtsrat trat 2009 zu vier Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren und um geschäftspolitische Themen zu diskutieren. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Dieses modular aufgebaute standardisierte Berichtsformat bildet ein Extrakt aus den internen Controllinginstrumenten der Gesamtbanksteuerung ab.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 21. Mai 2008 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben. Im Berichtsjahr traten mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanz-

markt- und der Versicherungsaufsicht und dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung Vorschriften in Kraft, die sich maßgeblich auf die Corporate Governance eines Unternehmens und die Arbeit des Aufsichtsrates auswirken. Unter anderem wurde in diesem Kontext in der Sitzung des Aufsichtsrates am 26. November 2009 intensiv über die Anforderungen an die Zuverlässigkeit und Sachkunde von Organmitgliedern, die Haftung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern sowie die Zuständigkeit in Vorstandsangelegenheiten diskutiert und soweit erforderlich die Anpassung der Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Vorstand beschlossen.

DER VORSTAND...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. (3) Satz 3 AktG bleiben davon unberührt. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss. In seiner Sitzung am 15. April 2009 hat der Präsidialausschuss turnusmäßig über die Struktur des Vergütungssystems und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand beraten.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. Die

variablen Vergütungsbestandteile werden dabei einerseits vom Unternehmenserfolg der Sparkasse im Allgemeinen und andererseits von der persönlichen Zielerreichung beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche Wertpapier orientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Dezember 2006 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2009

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts sowie die Tagesordnung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht im Internet veröffentlicht (Kodex-Nr. 2.3.1).
 - b) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - c) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).
 - d) Auf die Bildung eines Nominierungsausschusses wird vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).
 - e) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG im Anhang des Jahresabschlusses erfolgen nicht individualisiert (Kodex-Nr. 5.4.6).
 - f) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen durch den Vorstand, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 6.1).
 - g) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche

neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).

h) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).

i) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).

j) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss auf; die Aufstellung ihres Jahresabschlusses erfolgt unter

Nutzung des vom Gesetzgeber eingeräumten Zeitrahmens noch nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 18. Juni 2009 künftig mit den unter 1. a) – j) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 26. April 2010

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des
Aufsichtsrates

Der Vorstand

Dr. Tim Nesemann
Vorsitzender
des Vorstandes

Klaus Schöniger
Mitglied
des Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Geschäftsführender Gesellschafter der
BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Heiko Oerter

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Vorsitzender des Vorstandes

Klaus Schöniger

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Thomas Fürst

stellvertretendes Mitglied des Vorstandes

BEIRÄTE

MARKTBEREICHS DIREKTION BREMEN-NORD

Hans-Jürgen Busch

Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel

Lutz Diedrich

Unternehmensberater

Monika Eichner

Rechtsanwältin und Notarin

Karl-Peter Hoffmeyer

Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer

Referent Senatskanzlei Bremen

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor des
Verbandes der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen

Bernd-Claus Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der
PNEUTEX Gesellschaft für pneum.
Foliendachsysteme mbH

Wolfgang Patzelt

Geschäftsführer der
Theater Bremen GmbH

Erik Petersen

Ortsamtsleiter Blumenthal i.R.

Karin Petry

Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH

Christian Stubbe

Mitinhhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

MARKTBEREICHS DIREKTION BREMEN-OST

Marco Bremermann

Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann

Ludwig Cords

Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH

Heinz Döhrmann

Landwirt

Marco R. Fuchs

Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG

Ullrich Höft

Ortsamtsleiter Hemelingen

Frauke Riedemann-Schmitz

Inhaberin des Schuhhauses Riedemann

Ulrich Schlüter

Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade

Diplom-Ökonom, Steuerberater

Rolf A. Weidelt

Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG

Jens Wittrock

Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Marktbereichsdirektionen

Peter Schüttauf, Zentrum/Westen

Holger Böse, Schwachhausen/Horn

Thomas Schaumlöffel (bis 30.09.2009)

Michael Feth (ab 01.10.2009), Bremen-Süd

Holger Hintze, Bremen-Nord

Dirk Kluba, Bremen-Ost

Privates Finanzmanagement

Detlef Mehrkens

Vertriebsmanagement

Dipl. Ing. Holm Diez

Firmenkunden

Dipl.-Vw. Wolfgang Jahn (bis 31.08.2009)

Ralf Kubitz

Ralf Pfannenschmidt (ab 01.09.2009)

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Werner Logemann

SERVICEBEREICH

Facility Management

Dipl. Ing. Jürgen Salmon

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Organisation und Informationstechnologie

Bernhard Ruschke

Niels Rasmussen (ab 01.04.2010)

Personal und Bildung

Rolf Merder (bis 30.06.2010)

Reinhard Lüllmann (ab 01.01.2010)

Revision

Dr. phil. Malte M. Mellmann

Unternehmensentwicklung und -steuerung

Kester Kleinert

Vorstandssekretariat

Thomas Rohwer-Kahlmann

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

HÖHEPUNKT DER FINANZMARKT- UND WIRTSCHAFTSKRISE ÜBERSCHRITTEN?

Im Angesicht der 2007 ausgelösten und im Folgejahr markant verschärften Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise war 2009 ein Ausnahmejahr. Anfang 2009 erreichte die Krise ihren Höhepunkt in einer weltweiten realwirtschaftlichen Rezession. Insbesondere der Welthandel wurde schwer getroffen. Nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fiel das Welthandelsvolumen 2009 um 12,5 % niedriger aus als im Vorjahr. Die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft litt besonders unter dieser Entwicklung. Die realen Exporte Deutschlands sanken um 14,7 % und hatten damit einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 5 %. Binnenwirtschaftlich ausgerichtete Branchen und Unternehmen waren weniger betroffen, wozu der private Konsum einen erheblichen Beitrag leistete.

Seit Frühjahr 2009 mehrten sich erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung. Dazu trugen deutliche Leitzinssenkungen und außerordentliche geldpolitische Maßnahmen der Europäischen Zentralbank sowie staatliche Konjunkturpakete mit Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Volumen von insgesamt 80 Mrd. € bei, von denen knapp 50 % noch 2009 wirksam wurden. Für die Folgejahre jedoch bedeutet dies einen bedenklichen Anstieg der Staatsverschuldung.

Die vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sehr gute Ertragslage der deutschen Unternehmen diente offensichtlich als

Puffer, um einen großen Rückschlag hinzunehmen. Denn mit einer Arbeitslosenquote von 8,2 % erwies sich der Arbeitsmarkt als erstaunlich robust. Die Auswirkungen der Krise blieben bislang begrenzt. Das Modell der Kurzarbeit entfaltete seine volle Wirkung. Die wahre Prüfung allerdings folgt 2010, wenn die entsprechenden Regelungen enden.

Für 2010 wird mit einer Fortsetzung der moderaten konjunkturellen Erholung gerechnet. Insgesamt scheint ein Wachstum des BIP zwischen 1,5 und 2 % möglich. Triebfeder dafür ist das erwartete Anziehen der Exporte, insbesondere in die asiatischen Schwellenländer und nach China.

Vergleichbar verlief die Entwicklung und sind die Erwartungen der bremischen Konjunktur. Die Herbstumfrage der Handelskammer Bremen zeigt ein zwar branchenbezogen differenziertes, aber insgesamt doch ermutigendes Bild. Bei einer unter dem Strich noch als unbefriedigend beurteilten aktuellen Geschäftslage weist der Trend nach oben, insbesondere für Industrie, Export, Verkehr und Dienstleistungen, weniger für das Baugewerbe und den Einzelhandel. Die positiven Signale dürfen allerdings nicht den Blick vor den Risiken verstellen, denn auch in Bremen scheint die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise noch nicht den Arbeitsmarkt erreicht zu haben. Eine befürchtete weitere Zunahme von Unternehmensinsolvenzen mit steigenden Forderungsausfällen steht voraussichtlich noch bevor.

SPARKASSEN SICHERN KREDITVERSORGUNG

Vehement wird in der Öffentlichkeit die Diskussion um eine vermeintliche Kreditklemme geführt. Im Einzelfall mag dies zutreffen. Gleichwohl sind gerade die dezentral aufgestellten deutschen Sparkassen – ebenso die Sparkasse Bremen – zumeist ohne direkte Verluste durch die Finanzmarkt- und Wirtschafts-

krise gelangt und sicherten auch 2009 die Kreditfinanzierung, insbesondere ihrer mittelständischen Firmenkunden. Mit Erfüllung dieser auch volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe konnten sie 2009 weitere Marktanteile im Kreditgeschäft hinzugewinnen.

PFANDBRIEFE – STARK NACHGEFRAGT

Über unsere erfolgreichen Vertriebs- und Outsourcingaktivitäten hinaus sind auch unsere internen Projekte eine Investition in die Zukunft.

So hatten wir die Novellierung des Pfandbriefgesetzes mit dem Fall des Pfandbriefprivileges zum Anlass genommen, unser Pfandbriefprojekt aufzulegen. Nachdem die Pfandbrieffähigkeit der Sparkasse Bremen erreicht wurde, begaben wir noch 2009 unsere aufgrund ihrer hohen Granularität von institutionellen

Anlegern stark nachgefragten ersten Pfandbriefe, die dazu beitragen werden, unsere Refinanzierungskosten dauerhaft zu entlasten.

Darüber hinaus dienten unsere internen Projekte neben Kostenreduzierungen der weiteren Erhöhung unserer Dienstleistungsqualität sowie der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen und gesetzgeberischen Anforderungen.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Das Jahr 2009 war gekennzeichnet von den anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Sparkasse Bremen hat sich in diesem schwierigen Umfeld erneut behauptet und blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück. Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 0,3% auf 10,9 Mrd. €.

Während die Forderungen an Kunden zunahmen, verringerten wir die Forderungen an Kreditinstitute.

Diese Mittel in Verbindung mit der bewusst aufrechterhaltenen komfortablen Liquiditätslage nutzten wir, um 2009 wieder in den Wertpapierbestand zu investieren, sowohl in Direkt- als auch in Fondsanlagen.

Auf der Passivseite verzeichneten die Kundeneinlagen zum Jahresende eine steigende Tendenz, während wir erneut die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Forderungen an Kunden	8.099,1	8.077,4	7.770,1	7.723,3	7.829,3
davon:					
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0	20,7
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4	7.419,0
davon:					
Erworbene Schuldscheine	77,1	229,5	151,7	262,8	262,4
Treuhandkredite	18,1	18,4	18,8	18,6	19,2
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	454,7	480,1	434,3	373,3	370,4
Forderungen an Kreditinstitute	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2	998,5

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, Treuhandkredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2009 bei 8,1 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Firmenkunden*)	5.038,5	4.838,7	4.634,2	4.477,9	4.447,5
Privatkunden*)	2.601,9	2.631,1	2.699,7	2.773,7	2.918,7

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm erneut um 4,1% auf 5,0 Mrd. € zu. Dieser Anstieg resultiert wiederum aus der erfreulichen Entwicklung der Investitionskredite.

Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 35,5% auf 1,1 Mrd. €. Wie im Vorjahr wurden fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten nicht weiter prolongiert, sondern für Investitionen in den Wertpapierbestand genutzt.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	7.282,5	7.173,5	7.335,9	6.965,4	6.736,0
davon:					
Spareinlagen	3.139,8	3.314,9	3.674,2	3.798,4	3.824,8
Sparkassenbriefe	0,0	0,0	0,0	11,1	20,7
Schuldverschreibungen	382,2	475,3	441,6	436,9	509,7
Täglich fällige Einlagen	2.873,7	2.095,3	2.168,2	1.844,6	1.645,8
Befristete Einlagen	886,8	1.288,0	1.051,9	874,4	735,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9	3.160,1

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich zum Jahresende um 1,5 % auf 7,3 Mrd. €. Die Bestände an Spareinlagen, unser Geschäft mit eigenen Emissionen sowie die Hereinnahme von befristeten Einlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr. Dagegen erhöhte sich der Bestand an täglich fälligen Einlagen.

Diese Bestandsentwicklung sehen wir im Wesentlichen als Folge des im Verlauf der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise niedrigen Zinsniveaus und einer daraus resultierenden grundsätzlichen Anlagezurückhaltung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Berichtsjahr um 2,2 % auf 2,5 Mrd. € reduziert.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Auch 2009 spiegelte das Provisionsergebnis das Vertrauen unserer Kunden in unsere Dienstleistungskompetenz wider. Als Folge der weiter anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verzeichneten wir rückläufige Provisionen im Wertpapiergeschäft. Darüber hinaus führte die Umstellung

unseres Kontenmodells zu ebenfalls rückläufigen Provisionen im Giroverkehr. Den Rekordwert des Vorjahres konnten wir deshalb nicht ganz erreichen, erzielten jedoch mit 59,1 Mio. € ein hervorragendes Ergebnis.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Aktien und Investmentzertifikate	630,7	984,8	922,4	677,2	463,2
Festverzinsliche Wertpapiere	376,2	307,8	204,2	146,0	198,9
Eigenemissionen¹⁾	271,3	182,0	162,4	208,5	206,8

¹⁾ 2009 einschließlich Pfandbriefemission

Während wir im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere einen Anstieg der Umsätze um 22,2 % verzeichneten, zeigten sich bei den Aktien und Investmentzertifikaten um 40,0 % rückläufige Umsätze. Bei den Umsätzen im Zusammenhang mit dem Absatz unserer Eigenemissionen konnten wir einen starken Anstieg um 49,1 % verzeichnen, der insbesondere auf die erstmalige Pfandbriefemission zurückzuführen ist.

Wir nutzten das abgelaufene Geschäftsjahr, um die Anlageziele und Risikoprofile unserer Kundinnen und Kunden abzufragen und zu aktualisieren, um so jederzeit eine anlage- und anlegergerechte Beratung zu gewährleisten.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Das Börsenjahr 2009 startete mit verhaltenem Optimismus. Nach erheblichen Kursverlusten schienen sich die Kurse Ende 2008 stabilisiert zu haben. Umso dramatischer war der Kurseinbruch in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009; der Deutsche Aktienindex verlor rund 25 % und fiel auf knapp 3.600 Punkte. Seither stieg er wieder auf am Jahresende über 6.000 Punkte.

Rezessionsorgen veranlassten die Europäische Zentralbank, neben Leitzinssenkungen außerordentliche geldpolitische Maßnahmen zu ergreifen und die Kreditwirtschaft durch Tendergeschäfte mit reichlich Liquidität zu versorgen. Der Interbankengeldmarkt entspannte sich zusehends. Die zuvor dort herrschenden ungewohnt hohen Risiko- und Liquiditäts-

prämien bauten sich im Jahresverlauf sukzessive ab. Seit Sommer 2009 hat sich das Geldmarktgeschehen graduell normalisiert.

Die Sparkasse Bremen nutzte diese Entwicklung; Anlagebestand und Liquiditätsreserve erhöhten sich deutlich durch Zukauf von Finanz- und Industrieanleihen mit hohen Bonitätsprämien.

Neben diesen Maßnahmen zur Umstrukturierung der Eigenanlagen wurden 2009 auch ausgewählte Anlageklassen in Investmentfonds aufgestockt, um selektiv Ertragschancen zu ergreifen. In den Vorjahren hatten risikoreduzierende Maßnahmen zu deutlichen Bestandsreduzierungen im Fondsenagement geführt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- sowie Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen verringerte sich bei einer im Einzelnen differenzierten Entwicklung insgesamt geringfügig auf 217,6 Mio. €. Die Reduzierungen überstiegen die Zunahmen um 8,8 Mio. €.

Zunahmen resultierten aus einer Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Erhöhung unserer Beteiligung an der center.tv – Heimatfernsehen für Bremen und Bremerhaven GmbH. Darüber hinaus erfolgten Kapitalabrufe im Rahmen unserer Beteiligungen an Private Equity-Fonds und -Dachfonds.

Zu Verringerungen führten die Rückzahlung von Kapitalrücklagen der nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse

Bremen mbH und der nordwest finanz-vermögensberatung Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, eine Teilveräußerung unserer Beteiligung an der Freie Internationale Sparkasse S. A. im Rahmen eines Beteiligungsmodells für deren Geschäftsleiter und leitende Angestellte sowie Kapitalrückführungen eines Private Equity-Fonds.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Insbesondere im Sachaufwand spiegeln sich die Investitionen in unsere Zukunftsprojekte wider. Die Entwicklung ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch die im Vorjahr durchgeführte und planmäßig abgeschlossene Verlagerung wesentlicher IT-Anwendungen auf die als Sparkassenverbands-Rechenzentrum tätige Finanz Informatik GmbH & Co. KG sowie damit zusammenhängender Kosteneffekte. Die Verlagerung der IT-Anwendungen

sowie damit verbundene Prozessveränderungen und -optimierungen werden in den Folgejahren weitere Kostenreduzierungen nach sich ziehen. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2009 waren bei der Sparkasse Bremen 1.543 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-3,9 % ggü. Vj.) beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.304 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 469. Die Zahl der Auszubildenden wurde mit 99 gegenüber dem Vorjahr (95) erneut erhöht.

Auch 2009 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 83 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, davon rund mehr als die Hälfte darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt

sowie rund ein Zehntel über den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Unser Vergütungssystem orientiert sich am Tarifvertrag der privaten und öffentlichen Banken und setzt sich strukturell aus festen und variablen Bestandteilen zusammen. Wir erfüllen die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Ende 2009 bzw. Anfang 2010 kündigten wir unsere Versorgungsordnungen mit dem Ziel einer zeitgemäßen Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung.

Bereits 2007 wurden wir als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits »berufundfamilie« der Hertie-Stiftung ausgezeichnet. Mit unseren Anstrengungen für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit und Unterstützung pflegender Angehöriger, haben wir die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin im abgelaufenen Jahr weiter erhöht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2	998,5
Forderungen an Kunden	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4	7.419,0
Wertpapiere	1.616,4	1.081,4	1.343,0	1.862,6	1.871,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9	3.160,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.900,3	6.698,2	6.894,3	6.528,4	6.226,3

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 584,5 Mio. € oder 35,5 %. Damit reduzierte sich auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 15,2 % auf 9,8 %. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 47,4 Mio. € oder 0,6 % und tragen mit 70,3 % zur Bilanzsumme bei. Die durch die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute freigesetzte Liquidität wurde im Wesentlichen zum Bestandsaufbau bei den Wertpapieranlagen verwendet, die sich um insgesamt 535,0 Mio. € oder 49,5 % erhöht haben. Damit erhöhte sich auch der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme von 10,0 % auf 14,9 %. Darüber hinaus wurde freie Liquidität zur weiteren Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten genutzt. Der Bestand verringerte sich um 57,7 Mio. € oder 2,2 %. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten die Ver-

bindlichkeiten gegenüber Kunden, die um 202,1 Mio. € oder 3,0 % gegenüber dem Vorjahr stiegen. Damit stieg auch der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 61,9 % auf 63,6 %.

Das Kernkapital der Sparkasse Bremen am 31. Dezember 2009 betrug 511,0 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von 6,9 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 755,3 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,3 % und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Wertpapiere der Direkt- und Fondsanlagen im Anlagevermögen haben wir – im Hinblick auf die gesicherte Rückzahlung – teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

FINANZLAGE

Unsere bereits 2008 komfortable Liquiditätslage wurde auch 2009 bewusst aufrechterhalten und ist auch mit Blick auf die folgenden Jahre mehr als ausreichend.

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften belief sich im Jahresdurchschnitt auf 125,1 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrug zum Bilanzstichtag 2,3 Mrd. €.

Diese komfortable Liquiditätslage sowie unsere in 2009 ergänzten Instrumente der Liquiditätssteuerung stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO.€)

	2009	2008	2007	2006	2005
Zinsüberschuss ¹⁾	202,9	212,4	208,3	221,0	239,2
Provisionsüberschuss	59,1	59,8	59,1	55,8	55,8
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2,1	-2,1	3,6	1,3	2,2
Personalaufwand	114,8	124,3	106,4	119,3	113,8
Sachaufwand ²⁾	104,8	112,9	105,7	95,1	79,0
Verwaltungsaufwand ²⁾	219,6	237,2	212,1	214,4	192,8
Bewertungsergebnis	-38,2	-48,6	-65,3	-66,1	-92,0
Gewinnabhängige Steuern	2,4	-1,9	0,3	-1,2	6,8
Jahresergebnis	12,7	2,2	10,5	15,1	13,7
Dividende	0,0	0,0	0,4	0,5	1,1
Rücklagenzuführung	12,7	2,2	10,1	14,6	12,6

¹⁾ einschließlich laufender Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt auf Basis von handelsrechtlichen Zahlen. Die unterjährige Planung und Steuerung erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Beide Ansätze sind jederzeit ineinander überführbar. Während die betriebswirtschaftliche Sicht der Systematik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Betriebsvergleiches und des Erfahrungsaustausches der Großsparkassen entspricht, ermöglicht der von uns gewählte handelsrechtliche Ausweis auch eine Vergleichbarkeit mit Kreditinstituten des privatrechtlichen Sektors.

Die Ergebnisentwicklung war 2009 wiederum wesentlich durch die anhaltenden Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Trotz des schwierigen Umfeldes konnten wir – wie prognostiziert – ein gegenüber

dem Vorjahr erfreulich gestiegenes und leicht über Plan liegendes Jahresergebnis erzielen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % bzw. 9,5 Mio. €. Mit 202,9 Mio. € liegt er damit jedoch deutlich über dem Planwert. Dieses ist im Wesentlichen auf realisierte Erträge aus der Fristentransformation zurückzuführen. Darüber hinaus entlastete die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie das niedrige Zinsniveau den Zinsaufwand. Während sich die Zinserträge um 122,9 Mio. € auf 467,0 Mio. € verringerten, verzeichneten wir beim Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) ebenfalls einen Rückgang um 113,4 Mio. € auf 264,1 Mio. €. Insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise,

deren dramatischer Verlauf auf den Geld- und Kapitalmärkten zu Verwerfungen geführt hat, ist dies ein zufriedenstellendes Ergebnis. Wie in den Vorjahren enthält der Zinsüberschuss Erträge und Aufwendungen aus der Auflösung von Zinsswaps, die der Zinsbuchsteuerung dienen.

Auch 2009 spiegelte das Provisionsergebnis das Vertrauen unserer Kunden in unsere Dienstleistungskompetenz wider. Als Folge der weiter anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verzeichneten wir rückläufige Provisionen im Wertpapiergeschäft. Darüber hinaus führte die Umstellung unseres Kontenmodells zu ebenfalls rückläufigen Provisionen im Giroverkehr. Den Rekordwert des Vorjahres konnten wir deshalb nicht ganz erreichen, erzielten jedoch mit 59,1 Mio. € ein hervorragendes Ergebnis.

Trotz der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konnten wir beim Nettoergebnis aus Finanzgeschäften der negativen Entwicklung des Vorjahres entgegenwirken und 2009 einen positiven Ergebnisbeitrag erzielen.

Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % bzw. 9,5 Mio. € auf 114,8 Mio. €. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen Personalrückgänge infolge natürlicher Fluktuation sowie der im Vorjahr im Rahmen der Lohn-, Gehalts- und Versorgungsleistungen vorweggenommene Tarifabschluss der privaten und öffentlichen Banken, der 2009 niedriger als erwartet ausfiel. Ende 2009 bzw. Anfang 2010 kündigten wir unsere Versorgungsordnungen mit dem Ziel einer zeitgemäßen Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung. Parallel leiteten wir Maßnahmen zur Stabilisierung unseres Personalaufwands ein.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es muss zunächst entsprechendes Deckungskapital vorhanden sein und weiterhin ein angemessener Ertrag erwartet werden.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirt-

Der Sachaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % bzw. 8,1 Mio. € auf 104,8 Mio. €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen einmaligen Kosteneffekt des Vorjahres, der im Zusammenhang mit der 2008 durchgeführten Auslagerung von IT-Anwendungen steht, zurückzuführen.

Der gesamte Verwaltungsaufwand hat sich damit wie erwartet positiv entwickelt.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 80,7 % (Vorjahr: 82,7 %).

Trotz der anhaltenden Belastungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konnten wir 2009 im Bewertungsergebnis insgesamt eine positive Entwicklung verzeichnen.

Im Wertpapierbereich spiegelten sich die Erholungstendenzen der Kapitalmärkte wider. Darüber hinaus zahlte sich hier unser aktives Risikomanagement aus, das uns in den vergangenen Jahren veranlasst hat, insbesondere unsere Risikopositionen in den Spezialfondsbeständen abzubauen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditbereich zeigte trotz der belastenden konjunkturellen Rahmenbedingungen eine gegenüber dem Vorjahr positive Entwicklung und lag nur geringfügig über dem Plan.

Die Risikovorsorge im Beteiligungsbereich ist gekennzeichnet durch Neubewertungen im Beteiligungsportfolio.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 2,9 % (Vorjahr: 0,1 %).

Der gewinnabhängige Steueraufwand belief sich auf 2,4 Mio. €.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Mio. € auf 12,7 Mio. €. Dieser soll zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

schaft das zentrale Element, um den nachhaltigen Erfolg und die Existenz des Unternehmens zu sichern.

Im Rahmen des Risikomanagements unterscheidet die Sparkasse Bremen vier Arten von Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko), das Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen (Geschäftsrisiko) begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponente in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen, der sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells orientiert, baut auf den folgenden Grundsätzen auf.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken und überprüft mindestens jährlich die Risikostrategie, die als Leitlinie für alle Unternehmensbereiche gilt und neben der aktuellen Risikosituation regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert wird.

Der Vorsitzende des Vorstandes hat hierbei u. a. die Federführung für die strategische Planung, die Gesamtsteuerung sowie für das Risikomanagement.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen ihre maßgeblichen Organisationseinheiten beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination der strategischen Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung. Die strategische Planung wird dazu in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen.

Ausgehend von der strategischen Planungsgrundlage werden diese Ergebnisse auf die einzelnen Unternehmensbereiche heruntergebrochen, durch die einzelnen Bereiche weiter detailliert und verifiziert. Dieser Gesamtprozess ist 2009 inhaltlich mit den beteiligten Unternehmensbereichen aufgearbeitet und weiter konkretisiert worden, um die erweiterten Möglichkeiten aus der IT-Migration für eine integrative und qualitativ verbesserte Gesamtbanksteuerung in allen Steuerungsperspektiven nutzen zu können. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Ausschuss Gesamtbanksteuerung werden Planabweichungen in der operativen Planung damit frühzeitig und rechtzeitig identifiziert sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Ausschuss Gesamtbanksteuerung die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Ausschuss Gesamtbanksteuerung sind dabei die Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch ausgelagerte Bereiche einbezogen sind.

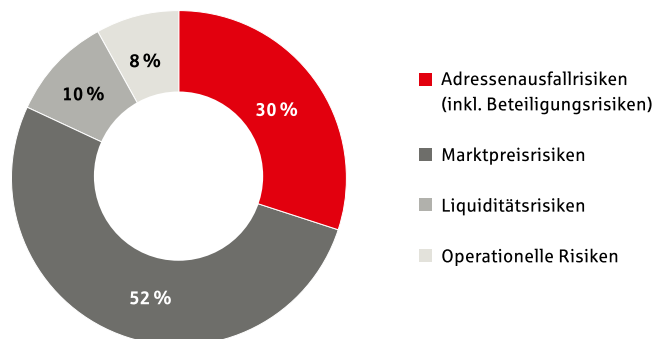
Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch die Einheiten Unternehmensentwicklung und -steuerung bzw. Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei grundsätzlich ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken im

Gesamtvorstand bzw. in den zuständigen Ausschüssen, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie das dezentrale Risikomanagement in den Unternehmensbereichen unterstützt.

Kernelement der Risikoberichterstattung sind der monatliche Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale, der Auslastung der Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst werden.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die bei normalen Marktbedingungen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

**AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN
PER 31.12.2009**



Unsere regelmäßige Risikomessung ergänzen wir um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken, die uns helfen, die möglichen Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss Kreditrisikosteuerung. Zum Jahresende wurde darüber hinaus die bestehende Konzeption zur Begrenzung und Steuerung der Adressenausfallrisiken überarbeitet. Dabei wurde das bestehende Kontingentsystem für besondere Geschäftsbereiche (z. B. Finanzierungen von Windenergieanlagen, Photovoltaikanlagen und Schiffen) ausgebaut. Darüber hinaus wurden neue rating- und volumenbezogene Obergrenzen für Projektfinanzierungen und spezielle Konzentrationsmessverfahren eingeführt. Diese sowie die weiteren Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Adressat des Berichtes ist neben der Geschäftsleitung der Kreditausschuss sowie der Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen bereits seit vielen Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Neben den bereits eingeführten Verfahren KundenScoring, StandardRating, ImmobiliengeschäftsRating und den Ratingverfahren für spezielle Kundensegmente im Firmenkundengeschäft (Projektfinanzierungen, Leasing, Banken und Corporates) wurde 2009 mit dem KundenKompaktRating ein weiterer Baustein für Kunden ohne Girokonten implementiert. Damit stehen für unsere Standard- und die überwiegenden Spezialkundensegmente geeignete Bonitätseinschätzungsverfahren zur Verfügung.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risiko- beurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obligatorisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse Bremen, der als oberstes Kreditbewilligungsorgan Teil des Aufsichtsrats ist.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftiger Kreditengagements (Sanierung) setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhängigen Einheit ein.

Die Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichts wesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kundenkredit- und Handelsgeschäft mehrere Frühwarnsysteme im Einsatz. Für das Kundenkreditgeschäft ist dies die Anwendung IntensPro. Im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurde ergänzend dazu 2009 ein neues marktdatenbasiertes Frühwarnsystem im Handelsbereich eingeführt.

Die Sparkasse Bremen hat ein Projekt zur Weiterentwicklung des schon im Kreditmanagement verankerten aktiven Kreditportfoliomanagements ins Leben gerufen. Zielsetzung ist es, durch Einsatz traditioneller und derivativer Risikotransferinstrumente Adressrisikokonzentrationen abzubauen und das dadurch freigesetzte Risikokapital wieder gewinnbringend in Risikoaktiva zu investieren. So kann nicht nur der Kapitaleinsatz, sondern insbesondere der Spielraum für das Firmenkundengeschäft bei gleichzeitiger Begrenzung der Einzel- und Portfoliorisiken optimiert und ausgebaut werden. Im Projekt werden die Verfahren zur Messung der Risikokonzentration und zur Bestimmung des gesamtgeschäftsbezogenen Adressrisiko- abbau- und -investitionspotenzials sowie zur Überwachung der Portfolioentwicklung verfeinert, der Katalog von Risikoabsicherungsinstrumenten vervollständigt sowie die Managementorganisation den optimierten Steuerungsmöglichkeiten angepasst.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9%, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2009 unterhalb des vergebenen Risikolimits und hat sich im 4. Quartal aufgrund der durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Fristentransformation wieder etwas erhöht.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf 2009 den Schluss zu, dass das verwendete Modell sowie die entsprechenden Parameter angemessen sind.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse werden darüber hinaus monatlich ein Liquidity-at-Risk berechnet, dem eine Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Der Ausschuss Treasury beschließt unter anderem über die hausinterne Zinsmeinung sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite.

Im Rahmen eines Standard-Einführungsverfahrens der Finanz Informatik GmbH & Co. KG wurde Mitte des Jahres das Standardsoftware-Paket »Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus« in der Sparkasse Bremen zum Einsatz gebracht. Dieses Anwendungssystem verbindet die barwertige Sicht der Zinsbuchsteuerung mit der periodischen GuV-Steuerungswelt.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semiaktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt) und lässt innerhalb eines Zielkorridors eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Ausschuss Treasury zu.

Ergänzend dazu wurde 2009 ein Projekt zur Aktualisierung und Erweiterung des Liquiditätsmanagements aufgesetzt, um das dispositive und strukturelle Liquiditätsrisiko unter aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten optimal zu managen. Darüber hinaus wurde, neben einer erweiterten Liquiditätsrisikostategie und einer deutlich erhöhten Anzahl von Stresstests, die bestehende Notfallplanung für eine effiziente Steuerung des Liquiditätsrisikos auch in schwierigen Marktsituationen, überarbeitet, die die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig berücksichtigt.

Zur weiteren Unterstützung des gesamten Liquiditätsmanagements werden 2010 zusätzlich intensiv die Voraussetzungen zur Implementierung einer erweiterten Standardanwendung geprüft, um auch die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorhandenen Optimierungspotenziale für die Steuerung weiter nutzen und ausbauen zu können.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2009 bei mehr als dem Doppelten der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt unsere stabile Liquiditätssituation wider.

Liquiditätsverordnung (alt: Grundsatz II)	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Gesamtkennziffer	2,15	2,13	1,75

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt werden. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber ein zentrales Leistungsmanagement und regelmäßiges Risikomonitoring innerhalb der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung, in das alle wesentlichen Auslagerungen integriert sind und das im Sinne eines modernen Dienstleistermanagements fortwährend weiterentwickelt wird. Dieses Leistungsmanagement wird durch eine jährliche Risikoanalyse über die wesentlichen Auslagerungen ergänzt, die im Rahmen des turnusmäßigen Beteiligungscontrollings durchgeführt wird.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Zur ergänzenden Beurteilung des operationellen Risikos wurde 2009 im Rahmen einer fokussierten Risikolandkarte eine Analyse der besonderen Risiken aus ausgelagerten Bereichen durchgeführt, um die Dienstleistersteuerung auch unter Risikogesichtspunkten weiter zu optimieren.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2009, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit

reservierten Betrag. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen sind als Ergebnis der Risikoinventur auch 2009 keine Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar gewesen.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen.

Auch für 2010 und 2011 gehen wir weiterhin von einer angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation aus. Im Verlauf der noch anhaltenden globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erwarten wir erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung. Deren nachhaltige Entwicklung ist jedoch mit Unsicherheiten

insbesondere hinsichtlich der währungspolitischen Stabilität innerhalb des Euro-Raums belastet. Dieser Erwartung haben wir wie im Vorjahr durch einen eher konservativen Planungsansatz Rechnung getragen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Trotz der weiter zu erwartenden schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen gehen wir aktivseitig dennoch von einem moderaten Wachstum des Kundengeschäftsvolumens, insbesondere im Bereich der Firmenkunden bzw. bei Privatkunden durch die Einführung des neuen Immobilien-Centers, aus. Größere Wachstumschancen werden aus unserer Sicht durch

eine mittelfristig erwartete verschärfte Risikosituation gemindert. Grundsätzlich werden wir das Kreditgeschäft unter Risikogesichtspunkten wie in der Vergangenheit weiterhin streng kontrollieren, um eine effektive Steuerung und Überwachung unseres Bewertungsergebnisses zu gewährleisten.

Die 2009 begonnene Strategie, freigewordene Liquidität insbesondere zum Abbau teurer langfristiger Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einzusetzen, planen wir auch im laufenden Jahr fortzusetzen.

Im Passivbereich sehen wir vor allem bei Tages- und Termingeldern einen leichten Rückgang des Kundeneinlagenvolumens. Dieser Einschätzung liegt die Annahme zugrunde, dass das zu erwartende Wirtschaftswachstum zunächst verstärkt aus Einlagen finanziert wird.

Aufgrund dieser geplanten bzw. erwarteten Volumens- und Bestandsentwicklungen sowie der bereits 2009 durchgeführten und mittelfristig wirkenden Maßnahmen im Bereich der Wertpapieranlagen gehen wir trotz des weiterhin erwarteten niedrigen Zinsniveaus von einer positiven Entwicklung des Zinsergebnisses aus.

Beim Provisionsüberschuss sehen wir für das laufende und das folgende Jahr weiteres Wachstumspotenzial, insbesondere als Folge einer positiven Entwicklung im Bereich der Wertpapierprovisionen aufgrund erster Anzeichen konjunktureller Erholung und einem damit verbundenen Ende der Kundenzurückhaltung.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus sehen wir mögliche zusätzliche Chancen, sofern die Etablierung unserer durchgeführten und geplanten Vertriebsmaßnahmen (Immobilien-Center, Vermögensverwaltung) besser als erwartet erfolgt. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellen wir jedoch eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch

Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Wir stabilisieren dadurch die Aussagekraft unserer prognostizierten Daten.

Für den Verwaltungsaufwand erwarten wir für die Folgejahre u. a. aufgrund vorgesehener Kostensenkungsprojekte weitere Einspareffekte. Neben einer weiter rückläufigen Entwicklung im Personalaufwand, die wir insbesondere aufgrund natürlicher Fluktuation infolge durchzuführender Prozessoptimierungen erwarten, werden sich auch im Sachaufwand Prozessoptimierungen, die im Zusammenhang mit der 2008 durchgeführten Auslagerung von IT-Anwendungen stehen, sowie Kosteneinsparungseffekte aus der Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern positiv auswirken. Darüber hinaus erwarten wir, dass unsere 2009 eingeleiteten Maßnahmen, unter anderem zur Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung, nachhaltig zu einer Reduzierung des Personalaufwandes führen.

Die Cost-Income-Ratio wird 2010 bei rund 78 % liegen.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir erst langfristig von einer spürbaren Abnahme der Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus. Für 2010 und 2011 erwarten wir aufgrund der weiterhin schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen und einer konservativen Betrachtung ein Ergebnis über Vorjahresniveau. Aus dem Bewertungsergebnis des Wertpapiergeschäftes sind nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren keine nennenswerten Belastungen zu erwarten. Hier wird sich langfristig insbesondere die im Rahmen der risikoorientierten Steuerung in den Vorjahren erfolgte Reduzierung der Risikopositionen in den Spezialfondsanlagen positiv auswirken. Die Sparkasse Bremen wird auch weiterhin bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen erwarten wir für 2010 ein Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Für 2011 gehen wir von einem steigenden Jahresergebnis aus. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird sich demzufolge in den Folgejahren stabilisieren.

SCHLUSSEKKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2009 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unterneh-

men oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2010

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2009

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			71.982.061,91		73.291
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>104.205.103,55</u>		36.910
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>	104.205.103,55				36.910
				176.187.165,46	110.201
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		--
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				--
b) Wechsel			<u>--</u>		--
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				--
				--	--
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			396.166.237,24		579.256
b) andere Forderungen			<u>668.021.319,55</u>		1.069.485
				1.064.187.556,79	1.648.741
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	3.210.476.584,71				2.856.402
<i>Kommunalkredite</i>	149.498.456,21				231.220
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			--
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				--
ab) von anderen Emittenten		<u>--</u>	--		30.825
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				30.825
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		87.707.237,99			75.877
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	87.707.237,99				75.877
bb) von anderen Emittenten		<u>959.394.676,77</u>	1.047.101.914,76		640.121
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	916.796.172,07				594.824
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>17.789.005,86</u>		18.245
<i>Nennbetrag</i>	17.662.000,00				18.156
				1.064.890.920,62	765.068
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
					551.555.186,40
7. Beteiligungen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	6.276.044,42				10.344
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	3.337.083,63				--
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	12.792.146,26				12.861
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				--
9. Treuhandvermögen					
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.123.994,19				18.374
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
				--	--
11. Immaterielle Anlagewerte					
				4.299.839,45	6.348
12. Sachanlagen					
				98.484.778,04	105.422
13. Sonstige Vermögensgegenstände					
				23.457.332,74	38.456
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
				4.092.571,51	2.305
Summe der Aktiva				10.850.001.481,67	10.817.376

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			102.722.187,91		58.324
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.438.799.191,35</u>		2.540.859
			2.541.521.379,26		2.599.183
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.730.906.418,91				2.415.452
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>408.913.943,80</u>	3.139.820.362,71			899.496
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.873.711.325,63				2.095.288
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>886.777.131,48</u>	<u>3.760.488.457,11</u>			1.287.976
			6.900.308.819,82		6.698.212
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			217.727.996,56		347.735
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
			217.727.996,56		347.735
4. Treuhandverbindlichkeiten			18.937.331,75		19.187
darunter:					
Treuhandkredite	18.123.994,19				18.374
5. Sonstige Verbindlichkeiten			32.381.529,91		50.883
6. Rechnungsabgrenzungsposten			5.754.801,89		6.847
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			241.050.817,00		248.846
b) Steuerrückstellungen			1.608.615,00		1.596
c) andere Rückstellungen			<u>49.750.686,96</u>		43.352
			292.410.118,96		293.794
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			164.498.729,20		127.587
10. Genussrechtskapital			137.000.000,00		147.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	80.000.000,00				85.226
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	370.000.000,00				370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00			53.000
b) Kapitalrücklage		47.041.959,68			47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	-,-				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	-,-				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>56.679.671,66</u>	56.679.671,66			54.524
d) Bilanzgewinn		<u>12.739.142,98</u>			2.156
			539.460.774,32		526.722
Summe der Passiva			10.850.001.481,67		10.817.376
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			454.705.921,17		480.056
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
			454.705.921,17		480.056
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>314.201.435,01</u>		442.487
			314.201.435,01		442.487

**GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2009**

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		416.595.850,27			513.329
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>26.966.279,15</u>	443.562.129,42		35.689
2. Zinsaufwendungen			<u>264.057.479,23</u>		377.450
				+ 179.504.650,19	+ 171.568
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			18.830.097,57		27.905
b) Beteiligungen			1.513.384,64		3.450
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.092.486,57</u>		5.187
				22.435.968,78	36.542
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				1.004.250,85	4.270
5. Provisionserträge			65.416.171,31		65.902
6. Provisionsaufwendungen			<u>6.271.829,03</u>		6.123
				+ 59.144.342,28	+ 59.779
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+ 2.133.043,29	- 2.087
8. Sonstige betriebliche Erträge				22.489.988,01	24.308
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		80.267.257,40			78.171
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	22.054.131,08	<u>34.559.955,58</u>	114.827.212,98		46.084
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>94.533.737,59</u>		102.194
				209.360.950,57	226.449
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				10.272.578,43	10.685
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				11.606.458,08	6.425
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			34.482.356,05		4.955
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-		-
				- 34.482.356,05	- 4.955
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteili- gungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			3.735.765,19		43.667
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-		-
				- 3.735.765,19	- 43.667
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.500.218,43	1.446
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 15.753.916,65	+ 753
20. Außerordentliche Erträge				-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			2.408.534,67		- 1.935
24. Sonstige Steuern			<u>606.239,00</u>		532
				3.014.773,67	- 1.403
25. Jahresüberschuss				12.739.142,98	2.156
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,-	-
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				-,-	-
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-,-		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			-,-		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			-,-		-
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-,-		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			-,-		-
d) in andere Gewinnrücklagen			-,-		-
30. Bilanzgewinn				12.739.142,98	2.156

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, bei denen die Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist und deren Börsen- oder Marktpreis zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag oder deren Buchwert unter dem Rücknahmepreis lag. Wie im Vorjahr wurden bei der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips für festverzinsliche Wertpapiere die über den Börsen- oder Marktpreisen liegenden Rücknahmepreise als Wertobergrenze herangezogen.

Mit gleicher Methodik wurde im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei Investmentanteilen teilweise nicht auf niedrigere Rücknahmepreise abgeschrieben, soweit diese auf nicht dauernde Wertminderungen der enthaltenen Anlagen zurückzuführen sind.

Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

Für eine mittelbare Beteiligung mit einem Buchwert von 41,8 Mio. € wurde zum Stichtag 31.12.2009 gemäß § 253 Absatz 2 Satz 3 HGB auf eine Abschreibung von 3,3 Mio. € auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 38,5 Mio. € verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird.

Die Einschätzung, dass die Wertminderung nicht als dauerhaft anzusehen ist, stellt im Wesentlichen darauf ab, dass eine Verschiebung des bewertungsrelevanten Planungshorizontes beim mittelbaren Beteiligungsunternehmen um ein Jahr in die Zukunft bei sonst unveränderten Annahmen hinsichtlich der Bewertungsparameter und der zugrundeliegenden Unternehmensplanung zu einem werterhöhenden Effekt führt. Der beizulegende Zeitwert der mittelbaren Beteiligung wird demnach deren Buchwert bis zum 31.12.2010 voraussichtlich wieder erreichen.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Ab dem Geschäftsjahr 2008 legt die Sparkasse hierfür nach Neuregelung zulässigerweise die steuerlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 2 und 2a EStG zugrunde.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

__RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter von Tochtergesellschaften wurden in Folge konzeptioneller Neuordnung von Vertragsbestandteilen auf die jeweilige Gesellschaft übertragen.

__WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwahrungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden von der Sparkasse im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

__DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	425.655
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	139.187
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	85.348
– mehr als fünf Jahre	385

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.425)	7.662
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 29.797)	250
– Forderungen an die eigene Girozentrale	1.004
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	824.378
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	327.616
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	453.561
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.799.308
– mehr als fünf Jahre	4.215.208

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 34.991)	29.610
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 287.384)	252.092
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 31.608)	31.608
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.608)	1.608
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

278.055

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	1.019.989
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	44.902
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 567.791)	740.869
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 320.692)	249.111
– Zeitwert dieser Wertpapiere	242.005
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: 5.965)	6.067

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	7.456
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	29.223
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 301.193)	536.441
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 151.646)	254.968
– Zeitwert dieser Wertpapiere	232.542
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	483.573

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert.

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	18.124
– Sonstige Vermögensgegenstände	813

zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	30.818	257.512
Zugänge	385	1.806
Abgänge	1.354	6.548
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>25.549</u>	<u>154.285</u>
Bilanzwerte am Jahresende	4.300	98.485
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.301	7.971

Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	61.329
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.945
– Sammelposten für geringwertige Vermögensgegenstände	388

zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 13 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 81)	83
--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Steuererstattungsansprüche	3.547
– Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	4.011
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	7.000

zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 14 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 876)	543
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: –)	1.802

– PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	181.936
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	674.819
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	609.587
– mehr als fünf Jahre	926.226

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 11.727)	4.857
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 12.234)	32.350
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	14.684

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 910,4 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	133.098
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	177.211
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	89.197
– mehr als fünf Jahre	9.408

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	302.255
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	69.403
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	172.291
– mehr als fünf Jahre	322.686

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 48.112)	30.733
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 43.579)	37.016

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 78.014

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.514)	1.285
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)	15.744

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.261
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.676

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Abgeltungssteuer	8.360
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	5.025
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.023

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 6.556): 5.476

zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 9 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –) 1.021

– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –) 214

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2009 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen: 6.637

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und
Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2011 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.

zu 10. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 14 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2009 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose
Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse
in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe
von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 8 Jahren und 6 Monaten sowie eine Stille
Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 7 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 28.05.2009 wurde der Bilanzgewinn 2008
in Höhe von 2,2 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2009 von insgesamt
12,7 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen.

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

__FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 201,7 Mio. € respektive 194,6 Mio. €.

__SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 8,8 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 21,0 Mio. €.

Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einer Tochtergesellschaft zu ermöglichen, etwaige Ausgleichzahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der Tochtergesellschaft ist.

__ ANHANGANGABEN GEMÄß § 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

__TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate sowie um strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten der Emittentinnen.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Buchwerte Mio. €	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	248,0	1.123,3	1.650,0	3.021,3	-83,8	1,8/1,9	A13/P5
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	400,4	29,9	-	430,3	-0,4	1,0/1,1	A13/P5
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	-	114,8	-	114,8	114,5	114,8	A3/A5/P3
Börsengeschäfte	-	25,0	5,4	30,4	28,6	30,2	A5
Gesamt				3.596,8			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten

Die von der Sparkasse erworbenen strukturierten Produkte mit Kündigungsrechten werden nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen behandelt.

— PFANDBRIEFE

Die Sparkasse Bremen AG hat im Berichtsjahr erstmalig Pfandbriefe emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

	2009
	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1	
Hypothekendarlehen	
Nennwert	53,0
Barwert	53,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	43,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	66,6
Deckungsmasse	
Nennwert	119,3
Barwert	132,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	114,6
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	153,7
Überdeckung	
Nennwert	66,3
Barwert	78,4
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	70,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	87,1
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens	
bis zu 1 Jahr	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	43,0
ab 10 Jahren	10,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
bis zu 1 Jahr	2,5
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	3,4
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	5,8
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	6,6
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	10,5
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	76,5
ab 10 Jahren	14,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3	
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.	
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4	
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG enthalten:	
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	5,3
	5,3

¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind mit rd. 4 % periodenfremde Erträge enthalten, die im Wesentlichen aus Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches resultieren.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 9,6 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 6,5 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen und 2,7 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge enthalten.

zu 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind u. a. 3,0 Mio. € Abschreibungen auf stille Beteiligungen und 1,4 Mio. € Aufwundersatzleistungen enthalten.

			2009
			in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1			
a.) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen Kreditdeckung			
– bis zu 300 T €			109,5
– über 300 T € bis zu 5 Mio. €			4,5
– mehr als 5 Mio. €			0,0
 Sichernde Überdeckung			
– bis zu 300 T €			0,0
– über 300 T € bis zu 5 Mio. €			0,0
– mehr als 5 Mio. €			5,3
b.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten ¹⁾ Bundesrepublik Deutschland			114,0
c.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	
	2009	2009	
	in Mio. €	in Mio. €	
Wohnungen	8,7		
Einfamilienhäuser	83,3		
Mehrfamilienhäuser	15,9		
Bürogebäude		0,0	
Handelsgebäude		0,0	
Industriegebäude		2,6	
sonstige gewerblich genutzte Gebäude		3,3	
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten		0,0	
Bauplätze		0,2	
			2009
			in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2			
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen ¹⁾			0,0
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	
	2009	2009	
	Anzahl	Anzahl	
a.) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2009	0	0	
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	
b.) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	
			2009
			in Mio. €
c.) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	

¹⁾ keine Grundstücksicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.

	Anteil am Kapital Ende 2009 in %	Eigenkapital 2008 in T€	Ergebnis 2008 in T€³
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	59.721	2.774
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	25,0	35.288	2.288
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0	12.782	0
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	12.000 ²	0 ¹
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	156 ²	16 ²
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.410	60
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2009

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

**Anteil am
Kapital
in %**

Name und Sitz der Gesellschaft

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 1,0 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel
Otto Lamotte
Heiko Oerter
Hans-Joachim Schur
Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,4 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2009 für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann
Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Thomas Fürst
Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes (bis 31.01.2009)

Vorsitzender des Vorstandes (ab 01.02.2009)

stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes (bis 31.01.2009)

stellvertretendes Vorstandsmitglied (ab 01.02.2009)

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 0,3 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 1,9 Mio. € vergütet, davon 1,5 Mio. € fixe Bezüge und 0,4 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,1 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 12,4 Mio. €.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

— JÜRGEN OLTMANN

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender (bis 31.01.2009)
BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (bis 19.04.2009)
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-	AR
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR (bis 01.04.2009)

— DR. TIM NESEMANN

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender (ab 01.02.2009)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR, Vorsitzender
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	AR
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR (ab 02.04.2009)

— THOMAS FÜRST

Bremer Toto-Lotto GmbH	AR (ab 26.02.2009)
Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH	AR, Vorsitzender
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR (ab 01.08.2009)

— KLAUS SCHÖNIGER

BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (ab 20.04.2009)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender
neue leben Holding AG	AR
neue leben Pensionskasse AG	AR
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied
S Broker AG & Co. KG	AR

— DR. HEIKO STAROBOM

Öffentliche Versicherung Bremen	AR
---------------------------------	----

— **HOLM DIEZ**

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR

(ab 26.03.2009)

— **RALF PASLACK**

ErSol Solar Energy AG

AR

(bis 23.07.2009)

— **BERNHARD RUSCHKE**

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte

1.002 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte

457 ¹

1.459

Auszubildende

83

Insgesamt

1.542

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte

0

– Teilzeit- und Ultimokräfte

68

Bremen, 24. Februar 2010

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Dr. Nesemann

Fürst

Schöniger

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 22. April 2010

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2009 zu vier Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember durch den Vorstand zeitnah und umfassend mittels Quartalsberichten über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss eingerichtet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr viermal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2008, den Corporate Governance Bericht 2008 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. In den weiteren Sitzungen behandelte er neben aktuellen Fragen zu grundlegenden geschäftspolitischen Themen insbesondere Angelegenheiten des Vorstandes und der Gremien.

Der Kreditausschuss trat 2009 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fern-

mündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Sparkasse Bremen und die regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 26. November 2009 eingehend mit den aus der Neufassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 18. Juni 2009 resultierenden Änderungen.

Nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit im Vorstand der Sparkasse Bremen, insbesondere als dessen Vorsitzender, wurde Herr Jürgen Oltmann – verbunden mit dem Dank des Aufsichtsrates für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit – Ende Januar 2009 in den Ruhestand verabschiedet. Die Aufgaben des Vorsitzenden des Vorstandes übernahm Herr Dr. Tim Neseemann zum 1. Februar 2009. Ebenfalls mit Wirkung zum 1. Februar 2009 trat Herr Thomas Fürst als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Sparkasse Bremen ein.

Die von der Hauptversammlung am 28. Mai 2009 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 22. April 2010 und des Aufsichtsrates am 26. April 2010 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 in seiner Sitzung am 26. April 2010 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2009 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2009. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 26. April 2010

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen AG

Am Brill 1-3 | 28195 Bremen

Postfach 107880 | 28078 Bremen

Telefon (0421) 179 0

www.sparkasse-bremen.de | mail@sparkasse-bremen.de